

# Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Ost- und Westpreußen ...

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 3. ...

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Seifestraße 29 (ul. Kosciuszki 29) ...

## Das Elternrecht vor dem Haager Schiedsgericht

Die Folgen des Genfer Kompromisses — Der deutsche Standpunkt — Keine Nachprüfung der Kinder zulässig

### Der Prüfstein

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Th. L. Warschau, 13. März.

Beide Kammern des polnischen Parlaments sind neu gewählt. Sie unterscheiden sich vom alten Sejm und Senat erheblich, und es fragt sich, ob auch die Tätigkeit des neuen Parlaments sich von derjenigen der alten Kammern in den letzten beiden Jahren unterscheiden wird.

Doch wir fragen uns: Wird auch Bartel, der vor dem Matumtuz als ein aufrechter, ehrlicher Demokrat bekannt war, wird auch Koscialkowski, der in Paris Vorträge über die Demokratie in Polen hielt und den demokratischen Pilsudski lobte, wird auch Mackiewicz und Salewski, und die übrigen Journalisten, die in den Sejm einziehen, für die Gesetze stimmen?

Die ersten Sejm-Sitzungen werden Klarheit bringen, ob die Abgeordneten des Pilsudskiblocks sich als Hampelmänner am Schnürchen oder als Letue, die den Willen ihrer Wähler respektieren, fühlen werden.

So ist es nicht ausgeschlossen, daß der Pilsudskiblock infolge seiner zwiesachen Stellung zerfallen, zumindest sich spalten wird. In wieviel Teile, ist noch ungewiß.

Haag, Dienstag vormittag haben vor dem internationalen Schiedsgerichtshof die Verhandlungen über die Rechte der deutschen Minderheiten in Ost-Oberschlesien (Minderheitenschulen) begonnen.

Da die Parteien durch keinen Richter ihrer eigenen Nationalität vertreten sind, haben sie von dem ihnen unter den Statuten des Gerichtshofes zustehenden Recht zur Ernennung eines Richters ad hoc Gebrauch gemacht.

Der deutsche Vertreter, Regierungspräsident von Marienwerder, Dr. Budding, erklärte bei Darstellung des deutschen Standpunktes, daß die polnischen Schulbehörden nicht das Recht hätten, eine Untersuchung über die Berechtigung der Gründe einzuleiten, die von den Eltern oder ihrer Stelle einnehmenden Aufsichtspersonen zum Zwecke der Aufnahme von Kindern in eine Minderheitenschule geltend gemacht werden.

Haager Seite erhobene Einrede der Unzuständigkeit des Haager Gerichtshofes als gänzlich unbegründet und als freihändig, da sie zu spät vorgebracht sei.

Zum Schluß sprach Regierungspräsident Dr. Budding die Hoffnung aus, daß der in Ostoberschlesien auf dem Gebiete der Minderheitenschulen herrschenden behördlichen Willkür baldigst ein Ende bereitet werden möge.

Am Donnerstag wird der polnische Vertreter den Standpunkt der polnischen Regierung darlegen.

Zu diesem heiklen Thema wird noch manches zu sagen sein. Hätte man in Genf im März vorigen Jahres kein Kompromiß geschlossen, sondern sofortige Rechtsauslegung der Genfer Konvention im Sinne der Entscheidung Calonders gefordert, wäre die Anwesenheit Maurers und die Nachprüfung der Kinder überflüssig geworden.

## Die Unterdrückung des Deutschtums in Eupen-Malmedy

Die Sozialisten fordern eine neue Volksabstimmung

Brüssel. Im belgischen Senat klagte der Vertreter Eupen-Malmedys, Senator Esser, in einer Interpellation die belgische Regierung an, daß sie ihre Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung von Eupen-Malmedy keineswegs gehalten habe.

Ein sozialistischer Redner erklärte, es sei ungeheuerlich, wie belgische Gendarmen mit Einwohnern von Eupen-Malmedy umgehen würden.

Volckart stellte fest, daß in Eupen-Malmedy eine solche Unzufriedenheit herrsche, daß Senator Esser auf eine neue Volksabstimmung geradezu drängen müsse.

Ministerpräsident Jaspar will morgen die Interpellation des Senator Esser beantworten.

### Das endgültige Ergebnis der polnischen Senatswahlen

Warschau. Nach dem nun vorliegenden endgültigen Ergebnis der Wahlen zum polnischen Senat ist die im vorläufigen Ergebnis angegebene Zahl von 49 Mandaten unverändert geblieben.

### Verlegung des Sitzes der Gewerkschaft internationale

Paris. Im weiteren Verlauf der Besprechungen des französischen Gewerkschaftsverbandes, der sich hauptsächlich um die Verlegung des Verbandsitzes drehten, erklärte Jouhaux u. a., daß die Wahl Berlins als Verbandsitz ausgezeichnet sei.









